Anstoss zu einer integrativen Schule : Bildungspolitik der Emigrationsorganisation "Colonie Libere Italiane"

Autor(en): **Baumann, Sarah / Eigenmann, Philipp**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich**

Band (Jahr): **85 (2018)**

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-1045765

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Abb. 1: In der italienischen Schule der «Casa d'Italia» in Zürich Aussersihl wurden die Kinder nach italienischem Lehrplan beschult.

Sarah Baumann, Philipp Eigenmann

Anstoss zu einer integrativen Schule

Bildungspolitik der Emigrationsorganisation «Colonie Libere Italiane»

Die Beschulung der italienischen Kinder in der Schweiz wurde in den 1960er und 70er Jahren kontrovers debattiert. Nicht nur die öffentlichen Schulen und Behörden beschäftigten sich mit dieser Frage, auch italienische Organisationen beteiligten sich daran. Insbesondere die linken italienischen Emigrationsorganisationen der «Colonie Libere Italiane» (CLI) brachten sich in die Schulpolitik ein und präsentierten dabei schon früh Ideen einer integrativen Schule, die in den folgenden Jahrzehnten immer breiteren Zuspruch erhielten.

Die CLI waren neben den katholischen italienischen Missionen die damals bedeutendsten Emigrationsorganisationen in der Schweiz. Die ersten Gruppen wurden in den frühen 1940er Jahren als antifaschistische Organisation von politischen Emigranten gegründet. Ende der 1960er Jahre waren über den Dachverband, die «Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera», über hundert Ortsgruppen und etwa 19 000 Italienerinnen und Italiener organisiert.[1] Der linken Ausrichtung blieben die CLI treu, kümmerten sich jedoch seit den 1950er Jahren vermehrt um die Situation und Bedürfnisse der italienischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten in der Schweiz. Neben arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Fragen war die Bildungspolitik eines der zentralen Betätigungsfelder der CLI, gerade auch im Kanton Zürich.

Der Weg italienischer Kinder in die Schweizer Schulen

Noch in den frühen 1960er Jahren mussten Tausende italienischer Kinder in der Schweiz im Versteckten leben. Aufgrund der fehlenden Aufenthaltserlaubnis für nachgezogene Familienmitglieder war ihnen der Zugang zu schulischer Bildung verwehrt.[2] Die Überarbeitung des bilateralen Abkommens zwischen Italien und der Schweiz 1964 erleichterte den regulären Familiennachzug, was zu einem Anstieg der Zahl italienischer Kinder in den öffentlichen Schulen führte. In der Stadt Zürich wuchs die Zahl der ausländischen, vorwiegend italienischen Schülerinnen und Schüler von knapp 1500 in den frühen 1960er Jahren bis auf 6000 im Jahr 1975.[3] Die Frage, wie die Schweizer Schulen mit den italienischen Kindern umzugehen habe, beschäftigte die italienischen Emigrationsorganisationen seit den 1960er Jahren, während diese Debatte im öffentlichen Bildungswesen erst in den frühen 1970er Jahren einsetzte.[4]

Eine Voraussetzung für das Engagement der italienischen Organisationen war, dass sich das Leben der italienischen Familien in der Emigration allmählich etwas stabilisieren konnte, was mit der 1964 beschlossenen Fristverkürzung für den Familiennachzug und dem erleichterten Zugang zur Niederlassungsbewilligung unterstützt wurde. Auch so verfügten noch immer viele italienische Staatsangehörige in der Schweiz nur über befristete Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse. Zudem waren die Migrantinnen und Migranten mit grossen Ressentiments konfrontiert. Unter dem Begriff der «Überfremdung» schlug ihnen eine Fremdenfeindlichkeit entgegen, die sie auch im Alltag erfuhren. Die wiederholt zur Abstimmung gebrachten «Überfremdungs-Initiativen» waren Ausdruck davon.[5] Der Bundesrat lehnte die Volksbegehren ab, unterstrich aber die Forderung nach Assimilation, verstanden als Anpassung der in die Schweiz migrierten Menschen an die hiesigen Lebensweisen, Sitten und Gebräuche.[6] Die Ambivalenz zwischen Ablehnung und Öffnung gegenüber den Zugewanderten prägte auch den Bericht der Studienkommission zum «Problem der ausländischen Arbeitskräfte», der 1961 vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit in Auftrag gegeben und 1964 veröffentlicht wurde. Die Studienkommission unterstrich die Notwendigkeit zur Assimilation und sah in den bestehenden schweizerischen Institutionen und insbesondere in den öffentlichen Schulen die dafür entscheidenden Integrationsagenten. Die Kommission empfahl eine möglichst rasche Aufnahme ausländischer Kinder in die Regelklassen, nachdem sie gegebenenfalls in einer Einführungsklasse die Grundlagen der deutschen Sprache erlernt hatten.[7] Die kantonalen Schulbehörden, so auch das Erziehungsdepartement des Kantons Zürich, reagierten zögerlich auf diese Aufforderung des Bundes und überliessen es den lokalen Schulen, wie sie mit den italienischen Kindern umzugehen hatten.

Die Emigrationsorganisationen waren bis Mitte der 1960er Jahre sehr zurückhaltend mit der Empfehlung, die italienischen Kinder in die öffentlichen Schulen zu schicken. Es dominierte die Auffassung, der Aufenthalt in der Emigration dauere nur wenige Jahre. Die beiden italienischen Privatschulen in Zürich und in Winterthur, die ihren Unterricht gemäss dem italienischen Lehrplan erteilten, seien weit besser geeignet, den Kindern nach der Rückkehr den Übertritt ins italienische Schulsystem zu erleichtern. Die Rolle der öffentlichen Schulen als Vollzugsinstanz der schweizerischen Assimilationspolitik rief unter den Migrantinnen und Migranten zudem Skepsis hervor.[8]

Doch bereits 1967 kehrten die CLI von dieser Haltung ab, um von nun an eine integrative Beschulung aller Kinder in den öffentlichen Regelklassen der Schweiz zu befürworten.[9] Dies hatte unterschiedliche Gründe. Für italienische Kinder, die in ländlichen Gebieten des Kantons Zürich wohnten, waren die italienischen Schulen in Zürich und Winterthur nicht einfach zu erreichen.[10] Zudem setzte sich immer deutlicher die Einsicht durch, dass der Aufenthalt in der Schweiz für viele italienische Familien dauerhafter war als ursprünglich vorgesehen.[11] Die CLI schlugen für die Beschulung der italienischen Kinder in den Regelklassen ein Modell mit zwei Pfeilern vor: Erstens seien Einführungsklassen zum Erlernen der deutschen Sprache zwar notwendig, aber so kurz wie möglich zu halten. Zweitens müsse der Unterricht in italienischer Sprache gewährleistet werden, um bei einer allfälligen Rückkehr nach Italien die dortige Schule weiter besuchen zu können. Mit dem Bekenntnis zu einer gemeinsamen Beschulung von schweizerischen und italienischen Kindern schufen die CLI zudem eine Grundlage,

um kritisch auf das Zürcher Schulwesen einzuwirken. Währenddessen blieben die italienischen katholischen Missionen bei der Überzeugung, dass die meisten italienischen Familien innert wenigen Jahren wieder nach Italien zurückkehren würden. In schulischen Fragen hielten sie daran fest, die italienischen Kinder in der Emigration separat und nach italienischem Lehrplan zu unterrichten. Sie betrieben eine private Primarschule mit Unterricht in italienischer Sprache in Winterthur und zeigten daher wenig Interesse, sich in die Schulpolitik Zürichs einzumischen.[12]

Dagegen gewann das schulpolitische Engagement der CLI in den späten 1960er und frühen 70er Jahren an Fahrt. Diese Dynamisierung hatte ihre Gründe nicht nur in der Stabilisierung der italienischen Emigration. Der stärkere Fokus auf die Schulthematik war auch die Folge eines grundlegenden Geschlechterkonflikts innerhalb der Organisation. Auf der Suche nach einem politischen Betätigungsfeld waren es vor allem die Frauen, die dem schulpolitischen Engagement der CLI entscheidende Impulse gaben.

Von der Frauen- zur Schulkommission

In den CLI machten Männer sowohl unter den Mitgliedern wie auch in den Führungspositionen die grosse Mehrheit aus.[13] Die Interessenpolitik war auf die männlichen Arbeitsmigranten ausgerichtet, die spezifischen Probleme von emigrierten Frauen wurden hingegen ausgeblendet. Mitte der 1960er Jahre trat eine neue Generation junger Migrantinnen in die CLI ein, die es sich zum Ziel setzte, die von Männern dominierten organisatorischen Strukturen zu durchbrechen und die Anliegen von Migrantinnen in die CLI und die schweizerische Öffentlichkeit zu tragen. 1967 gründeten Aktivistinnen eine Frauenkommission im Dachverband der CLI und forderten an regionalen Versammlungen und nationalen Kongressen bessere Arbeitsbedingungen für Frauen in Italien und für in der Schweiz arbeitende Migrantinnen.[14] Das Engagement der Migrantinnen blieb allerdings in den CLI wie in breiteren Gesellschaftskreisen ohne Resonanz. Ihr feministischer Aktivismus prallte letztlich an einem zeitgenössischen Wahrnehmungsmuster ab, das im «Arbeitsmigranten» einen Mann sah und Migrantinnen höchstens als mit- oder nachreisende Ehefrauen und Mütter, nicht aber als Arbeiterinnen in den Blick nahm.[15] Aber auch unter den italienischen Migrantinnen blieb eine stärkere Mobilisierung aus. Vielen von ihnen fehlte es an Zeit und Energie, sich neben der Berufs- und Familienarbeit für frauenpolitische Anliegen zu engagieren. Zudem vermochte das abstrakte Reden über die «Emanzipation» der Frau als Teil «der Arbeiterklasse» die Mehrheit der Migrantinnen nicht zu erreichen. Die Frauenkommission entschied, neue Themenschwerpunkte zu setzen und Migrantinnen über deren familiäre Bedürfnisse für ein gesellschaftspolitisches Engagement zu motivieren. Rosanna Ambrosi, ehemals Vorsitzende der Frauenkommission und in der CLI-Frauengruppe Zürich aktiv, erinnert sich: «Wir beschlossen [...] Themen der Emanzipation und der Gleichstellung unter den Frauen bekannt zu machen, indem wir uns um ihre Kinder kümmerten und sie für eine konkrete und spezifische Aktivität zu interessieren versuchten: das Problem der Schule.»[16] Die Frauenkommission beendete ihre Aktivitäten unter ihrem bisherigen Namen. Stattdessen gründeten ihre Vertreterinnen 1971 zusammen mit männlichen Aktivisten die nationale CLI-Schulkommission und organisierten sich in regionalen Schulgruppen der CLI. Federführend im bildungspolitischen Engagement der italienischen Migrierenden war die Schulgruppe Zürich, welche die Schulprogrammatik der CLI in der Schweiz massgeblich prägte.

Klassenkampf und Chancengleichheit: Schulprogrammatik der «Colonie Libere»

Im Zentrum der Schulpolitik der CLI stand die Kritik an der Benachteiligung italienischer Kinder in den schweizerischen Schulen. Diese wurden überdurchschnittlich oft in Einführungs- und Sonderklassen eingeteilt und mussten öfters als schweizerische Kinder Klassen wiederholen.[17]

Bei den Zuteilungsentscheiden der lokalen Schulbehörden wirkten unterstützende und separierende Überlegungen gleichermassen mit. Einführungsklassen dienten dem Erlernen der lokalen Schulsprache und sollten den italienischen Kindern den Übertritt in den Regelunterricht erleichtern. Gleichzeitig galten italienische Kinder aufgrund ihrer sozialen und nationalen Herkunft als «bil-

Abb. 2: Elternversammlung in Bauma, 1972. Auch in anderen Zürcher Gemeinden veranstalteten die «Colonie Libere Italiane» Schulinformationsanlässe für italienische Eltern.

Abb. 3: Die «Colonie Libere Italiane» kritisierten 1973 die Schweizer Volksschule als «Klassenschule». In dieser würden nur Schweizer Kinder aus bildungsnahen Familien Zugang zur höheren Bildung erhalten.

dungsfern», und Einführungsklassen wurden als separierende Massnahme befürwortet, um den Regelunterricht nicht durch fremdsprachige Kinder zu belasten.[18] Ihre bildungspolitische Programmatik rahmten die CLI mit vielschichtigen Argumenten. In italienischsprachigen Publikationen, die in erster Linie an die italienischen Eltern in der Schweiz gerichtet waren, dominierte eine klassenkämpferische Rhetorik, die stark an die von Gewerkschaften und linken Parteien geprägte Bildungsdebatte in Italien angelehnt war. Die CLI kritisierten die schweizerische Schule als «Klassenschule», in der Kinder mit Eltern aus der Arbeiterschicht benachteiligt würden. Vor allem die schulische (Nicht-) Ausbildung der italienischen Kinder laufe darauf hinaus, sie zu einer neuen Generation von Hilfsarbeitenden zu erziehen. Diese Kritik an der schweizerischen Schule als Zudienerin beim Erhalt von Klassenverhältnissen brachten Mitglieder der CLI seit den 1960er Jahren in zahlreichen Artikeln der «Emigrazione Italiana», der Wochenzeitung der CLI, zum Ausdruck und spitzten sie in der 1973 veröffentlichten Broschüre «Gli emigrati e la scuola» mit Karikaturen und Grafiken bildhaft zu.[19]

Gegenüber der schweizerischen Öffentlichkeit verwendeten die CLI die klassenkämpferische Rhetorik zurückhaltender und fokussierten stärker auf das Argument der schulischen Chancengleichheit. An einer Pressekonferenz für deutschschweizerische Medien formulierte die regionale Schulgruppe Zürich ihr bildungspolitisches Ziel mit den Worten: «Will man, dass sich die Schweizer Schule auf demokratischem Wege so entwickelt, dass sie allen Kindern, unabhängig von ihrer sozialen Schicht und Staatsangehörigkeit, die gleichen Bildungschancen gewährt, so kann dies nur mit vereinten Kräften aller fortschrittlichen Kreise erreicht werden.» Für sozial benachteiligte Kinder müssten ergänzende schulische Massnahmen geschaffen werden, denn, «wenn der Begriff ‹gleiche Bildungschancen› nicht eine leere Phrase sein soll, muss es Aufgabe der Schule sein, durch geeignete Institutionen die soziokulturellen Nachteile, denen in der heutigen Gesellschaft die Angehörigen der Arbeiterklasse unterworfen sind, auszugleichen».[20]

Mit dem Verweis auf fehlende Chancengleichheit verwendeten die CLI ein Argumentationsmuster, das in den Bildungsdebatten seit den 1960er Jah-

ren Konjunktur hatte.[21] So beschäftigte sich auch die 1967 initiierte Fachstelle für Bildungsplanung der Zürcher Erziehungsdirektion mit bildungsstatistischen Daten zu Selektionsprozessen in der Schule – wenngleich kaum mit Fokus auf ausländische Schülerinnen und Schüler.[22] Dank des intensiven Austauschs mit der 1967 gemeinsam von den CLI und dem evangelischen Tagungs- und Studienzentrum Boldern in Männedorf gegründeten «Zürcher Kontaktstelle für Italiener und Schweizer» konnten die schulpolitisch aktiven Mitglieder der CLI an diese Debatte anknüpfen. Die Kontaktstelle nahm im Kanton Zürich eine zentrale Funktion als vermittelnde Institution zwischen Migrierenden und schweizerischen Institutionen ein und fokussierte insbesondere auf die Bildungspolitik. Beteiligt waren mehrere Vertreter und Vertreterinnen der CLI wie Leonardo Zanier, Rosanna Ambrosi oder Giovanna Meyer-Sabino. Durch die enge Zusammenarbeit vermochten sie die von der Kontaktstelle geführten bildungs- und migrationspolitischen Debatten zu prägen, gleichzeitig floss das in der deutschschweizerischen Bildungsdebatte zentrale Argument der schulischen Chancengleichheit in die Programmatik der CLI ein. Der Fokus auf das Argument der Chancengleichheit war aber nicht nur aus diskussionsstrategischen Gründen sinnvoll. Auch vor dem Hintergrund eines virulenten schweizerischen Antikommunismus war es klug, die klassenkämpferische Rhetorik nicht zu stark zu forcieren.

In ihren Vorschlägen zur Umsetzung der schulischen Chancengleichheit setzten die CLI bereits im Vorschulalter an. Sie empfahlen für italienische Kinder den Besuch des schweizerischen Kindergartens und den Ausbau der Kindergartenzeit auf zwei Jahre. Für Kinder, die im schulpflichtigen Alter in die Schweiz migrierten, bejahten die CLI die Notwendigkeit von Einführungsklassen. Damit sich diese aber nicht zu Sonderklassen für fremdsprachige Kinder entwickelten, sollten sie qualitativ verbessert und so kurz wie möglich gehalten werden. Um sprachliche Diskriminierungen zu vermeiden, verlangten die CLI, dass die bei Klassen- und Schulübertritten verwendeten deutschsprachigen Intelligenztests durch nonverbale Tests ersetzt würden. Für die Oberstufe befürworteten sie das Konzept einer Gesamtschule, wie es in Italien mit der *scuola media* bereits 1962 beschlossen worden war. Neben

integrativen Massnahmen betonten die CLI immer die Notwendigkeit, die Kinder italienischer Migranten und Migrantinnen auf eine allfällige Rückkehr nach Italien vorzubereiten. Dazu empfahlen sie, die ergänzenden Kurse in italienischer Sprache auszubauen und in den obligatorischen Stundenplan der schweizerischen Schulen zu integrieren.

Abb. 4: In Elternkomitees entwickelten Mitglieder der «Colonie Libere Italiane» seit den 1970er Jahren Strategien, um die lokale Schulpolitik für die Integration italienischsprachiger Kinder zu sensibilisieren.

Mobilisierung und lokale Vernetzung: die Rolle der «comitati dei genitori»

Die schulpolitische Einflussnahme der CLI zeigte insbesondere dann ihre Wirkung, wenn sie indirekt mittels Vernetzungs- und Mobilisierungsbemühungen erfolgte. Die CLI richteten ihre Forderungen direkt an die kantonalen Erziehungsbehörden und bemühten sich ausserdem geschickt um eine Vernetzung mit Entscheidungsträgern der kantonalen Bildungspolitik. Auch hierfür war die «Zürcher Kontaktstelle für Italiener und Schweizer» eine wichtige Bündnispartnerin. In enger Zusammenarbeit mit den CLI organisierte sie im Herbst 1970 eine Tagung mit dem Titel «Schulschwierigkeiten und soziale Lage der Kinder von Einwanderern». Um die schulische Benachteiligung der italienischen Kinder gemeinsam zu eruieren, referierten ein Vertreter des italienischen Generalkonsulats in Zürich, ein Vertreter des Lehrerseminars Zürich-Unterstrass sowie eine Zürcher Psychologin. Auch als Reaktion auf die Abstimmung über die «Schwarzenbach-Initiative» im Juni desselben Jahres zielte die Tagung darauf ab, die Zürcher Bildungspolitik für die spezifische Situation der italienischen Arbeiterkinder in der Emigration zu sensibilisieren.[23]

Konkrete Verbesserungen für die italienischen Schulkinder wurden aber vor allem dann erreicht, wenn mit den Verantwortlichen vor Ort der Austausch gesucht wurde und Veränderungen von unten – also gemeinsam mit der einzelnen Schule – angestossen wurden. Dies konnte die Zürcher Schulgruppe der CLI selbst nicht leisten, sondern war auf die italienischen Eltern angewiesen, die auch in ländlichen Zürcher Gemeinden wohnten und deren Kinder die lokalen öffentlichen Schulen am Wohnort besuchten. So fing die Schulgruppe an, diese migrantischen Eltern politisch zu mobilisieren. Die Broschüre «Gli emigrati e la scuola» zeigte Handlungsbedarf an, indem sie über die Benachteiligungen der italienischen Kinder in den schweizerischen Schulen aufklärte.[24] Zudem wurden die italienischen Eltern von der regionalen Schulgruppe der CLI dazu aufgefordert und darin unterstützt, lokale Elternvereinigungen zu gründen und den Kontakt mit den lokalen Schulbehörden zu suchen.[25]

Auf diese Weise entstanden in etlichen Gemeinden im Kanton Zürich *comitati dei genitori* (Elternkomitees), in welchen sich die italienischen Eltern organisierten. Letztere verfügten nicht über die schweizerische Staatsbürgerschaft und waren somit von den Verfahren der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen – auch in der lokalen Schulpolitik, die direkt die eigenen Kinder betraf. Über die Gründung eines Elternkomitees vermochten sie sich in der lokalen Schulpolitik jedoch eine Stimme zu verschaffen, die von den lokalen Schulträgern ernst genommen wurde. Vertreter der Elternkomitees wurden als beratende Stimme zu einzelnen Schulpflegesitzungen oder zur Mitarbeit in Subkommissionen eingeladen. Die Diskriminierungen, welche italienische Kinder in der Schule erfuhren, führten auch zu einer verstärkten Mobilisierung von Frauen in regionalen Schulgruppen und Elternkomitees.

Das Ziel der ehemaligen Frauenkommission, über die Schulthematik mehr Frauen in die CLI einzubinden, wurde allerdings nur bedingt erreicht. Migrantinnen waren in einigen Gemeinden zwar äusserst aktiv und stellten, wie beispielsweise in der Schulgruppe Winterthur, rund die Hälfte der Mitglieder.[26] Zahlenmässig überwog aber der Anteil der Männer in den Schulgruppen und Elternkomitees, und mehrheitlich nahmen Männer innerhalb der Gemeinden verantwortliche Positionen ein und vertraten die Anliegen der Elternkomitees gegenüber den Schulbehörden.[27]

Die Schulgruppe der CLI riet den lokalen Initianten und Initiantinnen dieser Elternkomitees zunächst, eine Befragung der in der Gemeinde wohnhaften italienischen Eltern vorzunehmen, um die dringendsten Herausforderungen zu eruieren und den Forderungen Gewicht zu verleihen.[28] Weil in der Regel beide Elternteile der italienischen Kinder arbeitstätig waren, wurde insbesondere auf die Notwendigkeit der Betreuung ausserhalb der Schulzeiten hingewiesen. Die befragten Eltern kritisierten, die Gemeinden würden ein mangelhaftes Angebot an vorschulischer Kinderbetreuung und zu wenige Kindergartenplätze zur Verfügung stellen, und verliehen dem Bedürfnis nach einer Hausaufgabenhilfe im Anschluss an den Klassenunterricht Ausdruck. Diese gewähre eine Betreuung ausserhalb der Schulzeiten und diene darüber hinaus der schulischen Unterstützung, wo dies die Eltern aufgrund mangelnder Kenntnisse der schweizerischen Schule nicht leisten könnten, argumentierte das Regensdorfer Elternkomitee.[29]

Der Wunsch nach einer *doposcuola* war das meistgenannte Anliegen der Elternkomitees an die jeweiligen örtlichen Schulbehörden. In verschiedenen Gemeinden wurden in der Folge in Zusammenarbeit zwischen den lokalen Schulpflegen und den italienischen Elternkomitees deutsch-italienische Hausaufgabenhilfen und Kinderhorte geschaffen. Während die Initiative dazu von den Elternkomitees ausging, waren bei der konkreten Organisation Kompromisse notwendig. Die Unterstützung der Schulpflegen ging nicht immer so weit wie in der Gemeinde Glattfelden, wo zusätzliche Lehrerstellen für die Angebote bewilligt wurden. In den meisten Fällen wurde aber zumindest dafür gesorgt, dass Schulräume genutzt werden konnten.[30]

Auf der Ebene der Gemeinde setzte also ein reger Austausch zwischen Schulbehörden und Elternkomitees ein, der dazu führte, dass Informationsanlässe über die Schule auch in italienischer Sprache abgehalten wurden, Schulpfleger bei den Versammlungen der Elternkomitees dabei sein wollten oder italienische Eltern zur Mitarbeit in Arbeitsgruppen eingeladen wurden. Im Kleinen und vor Ort wurden so in einigen Zürcher Gemeinden gezielt Verbesserungen bei der Beschulung der italienischen Kinder erreicht. In anderen Gemeinden hatten die Schulbehörden für die Anliegen der italienischen Eltern dagegen kaum Gehör.[31] Auf die kantonale Schulpolitik blieb der Einfluss der CLI bescheiden, obwohl sie auf der lokalen Ebene schulische Unterstützungsangebote aufbauten und eine Sensibilisierung für die spezifische Lage der italienischen Kinder erreichten.

Abb. 5: Elternkomitees verschiedener Gemeinden tauschten sich über Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation italienischer Kinder in der öffentlichen Schule aus. Frauen waren zwar in den Komitees engagiert, aber die Leitung oblag mehrheitlich den Männern.

Die CLI als Vorreiter einer integrativen Schule

Zu Beginn der 1970er Jahre zeichnete sich eine Trendwende in der Debatte um die Beschulung ausländischer Kinder ab. In den 1972 abgegebenen und in den folgenden Jahren ergänzten «Empfehlungen zur Schulung fremdsprachiger Kinder» befasste sich erstmals auch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) mit dem Thema Migration. Sie stellte sich auf den Standpunkt, ausländische Kinder seien in die öffentlichen Schulen zu integrieren. Sie empfahl den Kantonen, den Eintritt in den Regelunterricht durch Sprachkurse und -klassen zu erleichtern, Promotionsentscheide von der Unterrichtssprache zu entkoppeln und die ausserschulische Betreuung und Aufgabenhilfe zu fördern. Gleichzeitig sollten «Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur» (HSK) in den obligatorischen Unterricht integriert werden, eine Empfehlung, die vom Zürcher Erziehungsdepartement gestützt wurde.[32] Die EDK betonte in ihren Richtlinien die Grundsätze Integration, Chancengleichheit und Förderung der Herkunftssprache und stützte damit zentrale schulpolitische Forderungen der CLI. Dieser Umschwung in der Debatte um die Beschulung ausländischer Kinder ist allerdings nicht allein auf die Initiativen der Emigrationsorganisationen zurückzuführen, sondern auch auf ein 1971 erlassenes Gesetz in Italien. Dieses legte fest, dass remigrierte Kinder wieder in das italienische Schulsystem aufgenommen werden konnten, wenn sie im Ausland die dortige Regelschule besucht und genügend Unterricht in der italienischen Sprache gehabt hatten.[33]

Das neue italienische Gesetz führte in der Schweiz zu einem Ausbau von HSK-Kursen und verlieh der Forderung nach einer schulischen Integration der italienischen Kinder Gewicht. Die Realisierung der EDK-Empfehlungen blieb allerdings Sache der Gemeinden, die sie nur vereinzelt umsetzten. Im schulischen Alltag blieben denn auch Missstände bestehen, die für die schulische und berufliche Zukunft der italienischen Kinder von einschneidender Bedeutung waren. Dazu zählten deren anhaltende Diskriminierung bei Übertrittentscheiden und ihre überdurchschnittlich häufige

IL Convegno nazionale organizzato dalla FCLI:

Insostituibili i Comitati di genitori nella lotta per una scuola più giusta per i figli degli emigrati

Delegazioni provenienti da oltre 40 località diverse in rappresentanza dei Comitati di genitori locali, si sono ritrovati domenica scorsa a Zurigo per confrontare le loro esperienze, esaminare nella loro validità le linee rivendicative portate avanti finora e per tracciare nuove linee, stabilire nuovi obiettivi da raggiungere località per località, Cantone per Cantone e anche a livello nazionale. Al Convegno organizzato dalla Federazione delle Colonie Libere Italiane hanno presenziato anche le autorità italiane rappresentate dall'Ispettore scolastico dell'Ambasciata, prof. Aimo, dal Console generale d'Italia a Zurigo, dott. Scammacca e dai direttori didattici della circoscrizione consolare di Zurigo, Stocker e Betta.

La crisi – ci si è domandati nella relazione introduttiva

Un'aspetto del Convegno dei Comitati di genitori

soluzione del problema scola- glio al singolo genitore che, di sociale delle strutture scolasti-

Zuteilung in ursprünglich für «Schwachbegabte» geschaffene Sonderklassen. In den Zuteilungsentscheiden setzten Mitglieder lokaler Schulbehörden oftmals mangelnde Deutschkenntnisse mit einer geringeren Intelligenz gleich und vermischten dadurch die integrative Idee der Einführungsklassen zum Erlernen der lokalen Schulsprache mit der separativen Massnahme der Sonderbeschulung.

Als ergänzendes und korrigierendes Gegengewicht zur schweizerischen Schulpolitik gründeten die CLI 1973 in Zürich ein Informationszentrum für Schulfragen. Das von der Psychologin Sibilla Schuh geleitete «Centro Informazioni Scholastiche delle Colonie Libere Italiane» bot Beratung für italienische Eltern und ihre Kinder, Aufgabenhilfe und Deutschkurse an. Die Haupttätigkeit des Zentrums bestand aber im Kampf gegen die Zuteilung italienischer Kinder zu Sonderklassen – nicht nur im Kanton Zürich, sondern in der ganzen Deutschschweiz. Dazu führten die Mitarbeiterinnen auf nonverbalen Intelligenztests beruhende Zweitabklärungen durch und legten im Fall einer ungerechtfertigten Zuweisung bei der zuständigen Schulbehörde Rekurs ein. In zahlreichen Fällen konnte die Einteilung von italienischen Schülerinnen und Schülern in Sonderklassen rückgängig gemacht werden.[34]

Der Trend, italienische Kinder Sonderklassen zuzuweisen, zeigt deutlich, wie stark die gesellschaftliche Wahrnehmung von Migrantinnen und Migranten als «rückständig» in den 1960er und 70er Jahren auch den schulischen Umgang mit ausländischen Kindern prägte. Zwar reihten sich die CLI mit ihrer Forderung nach schulischer Chancengleichheit argumentativ in die damals in der Schweiz geführten Bildungsdebatten ein. Diese fanden allerdings losgelöst von migrationspolitischen Fragen statt

und konzentrierten sich vor allem auf die höheren Schulniveaus der Sekundar- und Gymnasialstufen, wobei über das Argument der Chancengleichheit in erster Linie das wirtschaftliche Interesse an der Förderung von Nachwuchskräften gestützt wurde. Das Problembewusstsein für ungleiche schulische Startchancen im Kindergarten und in der Primarschule war hingegen erst im Entstehen begriffen. Vielen Bildungsforschern galt gerade die Primarschule noch als «eine heile Welt»,[35] die von sozialen Ungleichheiten unberührt schien. Auch integrativ wirkende ausserschulische Unterstützungs- und Betreuungsangebote wie Kindertagesstätten und Aufgabenhilfen wurden nicht in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive diskutiert, sondern als Sache privater Anbieter betrachtet.

Die CLI betonten wiederholt, dass (ausser)schulische Angebote wie Kindertagesstätten, Aufgabenhilfen, Tages- und Gesamtschulen nicht nur den italienischen Kindern, sondern allen Kindern erwerbstätiger Eltern schulische und familiäre Unterstützung boten. In einem gesellschaftlichen Klima, in dem Migration als Bedrohung einer wie auch immer verstandenen «schweizerischen Kultur» diskutiert wurde, bemühten sich die CLI zudem, sprachliche und kulturelle Unterschiede nicht als Hindernis, sondern als individuell und gesellschaftlich bedeutende Ressource darzustellen. Mit dieser Sichtweise brachten die CLI neue Ansätze in schulpolitische Debatten ein, wie sie allerdings erst in den 1980er Jahren unter dem Begriff der «interkulturellen Pädagogik» diskutiert und institutionalisiert wurden. In den 1960er Jahren hingegen waren die CLI mit diesen Forderungen ihrer Zeit voraus.

Anmerkungen

1 Ricciardi, Toni: Associazionismo ed emigrazione. Storia delle Colonie Libere e degli Italiani in Svizzera, Rom 2013, S. 222.
2 Frigerio, Marina: Verbotene Kinder. Die Kinder der italienischen Saisonniers erzählen von Trennung und Illegalität, Zürich 2014.
3 Bildungsstatistik des Kantons Zürich; eigene Berechnung.
4 Eigenmann, Philipp: Migration macht Schule. Bildung und Berufsqualifikation von und für Italienerinnen und Italiener in Zürich 1960–1980, Zürich 2017.
5 Buomberger, Thomas: Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher, Zürich 2004.
6 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Volksbegehren gegen die Überfremdung (29. Juni 1967), in: Bundesblatt 119/33 (1967), S. 69–106, hier S. 102.
7 Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit: Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte, Bern 1964.
8 Picciati, Giuliano/Zanier, Leonardo: Un tema in discussione. Scuole italiane o svizzere per i figli degli emigrati, in: Emigrazione Italiana, August 1965.
9 Commissione sul «Problema della scuola», in: Emigrazione Italiana, Mai 1967.
10 Scuole democratiche e laiche, in: Emigrazione Italiana, Oktober 1965.
11 Frigerio Martina, Marina/Merhar, Susanne: «... und es kamen Menschen». Die Schweiz der Italiener, Zürich 2004, S. 359–364.
12 Barcella, Paolo: «Venuti qui per cercare lavoro». Gli emigrati italiani nella Svizzera del secondo dopoguerra, Bellinzona 2012, S. 199 f.
13 Frauen machten Ende der 1960er Jahre rund einen Viertel der Mitglieder der CLI aus. Vgl. Meyer Sabino, Giovanna: Frauen in der Emigration, in: Das Jahrhundert der Italiener in der Schweiz, hg. v. Ernst Halter, Zürich 2003, S. 203–220, hier S. 207.
14 Baumann, Sarah: ... und es kamen auch Frauen. Engagement italienischer Migrantinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegsschweiz, Zürich 2014.
15 Prodolliet, Simone: Spezifisch weiblich: Geschlecht und Migration. Ein Rückblick auf die Migrationsforschung, in: Zeitschrift für Frauenforschung 17/1–2 (1999), S. 27–42.
16 «Passaporti, prego!» Ricordi e testimonianze di emigrati italiani, hg. v. FCLIS, Zürich 1985, S. 104: «Fu così lentamente decisi [...] di affrontare il tema dell'emancipazione della donna, della sua parità con l'uomo, della lotta per la sua uguaglianza, occupandomi dei suoi figli, o cercando di interessarla ad un'attività concreta, un'attività specifica: il problema della scuola.» Im Text eigene Übersetzung.
17 Städtische Kommission für Assimilierungsfragen: Schulprobleme der Ausländer, Zürich 1972.

18 Bundesamt, Problem (wie Anm. 7), S. 148; Gygax, Max: Zum Problem fremdsprachiger Schüler in unseren Klassen, in: Schweizerische Lehrerzeitung 109 (1964), S. 1422–1424.
19 Scuola, in: Emigrazione Italiana, März 1969; Picciati, G.: Due inchieste sulla scuola per i bambini degli emigrati, in: Emigrazione Italiana, Januar 1971; Gli emigrati e la scuola, hg. v. FCLIS, Zürich 1973.
20 Schweizerisches Sozialarchiv (SSA), Ar 40.50.2, Mappe 1, «Schulprobleme der ausländischen Kinder», Pressekonferenz der Kantonalen Schulgruppe Zürich der CLI, 30. 1. 1973.
21 Hess, Franz/Latscha, Fritz/Schneider, Willi: Die Ungleichheit der Bildungschancen, Olten 1966.
22 Rothen, Christina: Zwischen Innovation und Administration. Genese der wissenschaftlich orientierten Bildungsplanung in Zürich, Bern und Neuenburg, 1960–1990, in: Staatlichkeit im Wandel. Regieren und Verwalten vor der neoliberalen Wende, hg. v. Lucien Criblez, Christina Rothen, Thomas Ruoss, Zürich 2016, S. 297–315, hier S. 299 f.
23 Schulschwierigkeiten und soziale Lage der Kinder von Einwanderern, hg. v. Zürcher Kontaktstelle für Italiener und Schweizer, Männedorf 1970.
24 Gli emigrati (wie Anm. 19).
25 SSA, Ar 40.50.2, Mappe 1, Korrespondenzen mit den Elternkomitees, 1969–1976.
26 La Colonia e la scuola, in: Emigrazione Italiana, 22. 3. 1972.
27 Superare lo stato di emarginazione e di doppia discriminazione nell'impegno di classe, in: Emigrazione Italiana, 26. 2. 1975.
28 SSA, Ar 201.253.6, Mappe 1, Guida pratica per i Comitati dei Genitori, undatiert.
29 Inchieste tra i genitori italiani di Regensdorf, in: Emigrazione Italiana, 15. 3. 1972.
30 I risultati dell'attività del Comitato di genitori, in: Emigrazione Italiana, 15. 5. 1974.
31 Korrespondenzen (wie Anm. 25).
32 Grundsätze zur Schulung der Gastarbeiterkinder vom 2. November 1972, in: EDK, Empfehlungen und Beschlüsse, Bern 1995, S. 11; Ambrosi-Zanier, Rosanna: Grosso successo dei Comitati di genitori, in: Emigrazione Italiane, Juni 1972.
33 SSA, Ar 40.50.7, Mappe 3, Italienische Gesetzgebung Nr. 153, 3. 3. 1971.
34 Schuh, Sibilla: Kinder ausländischer Arbeiter in den Schweizer Spezialklassen. Intelligenzmangel oder Klassenselektion?, Zürich 1975, S. 14.
35 Christen, Werner: Schulreformen 1970–1974. Eine Übersicht und quantitative Analyse, in: Schulreformen in der Schweiz, hg. v. Eugen Egger, Bruno Kehrli, Frauenfeld 1977, S. 11–31, hier S. 29.